

Docket No.: GR 98 P 1824

IN THE UNITED STATES PATENT AND TRADEMARK OFFICE

Applicant : ALFRED JAHN

Filed : Concurrently herewith

Title : HANDOVER METHOD (ROAMING) FOR MOBILE TERMINAL
DEVICES

JC860 U.S. PTO
09/725343



11/29/00

CLAIM FOR PRIORITY

Hon. Commissioner of Patents and Trademarks,
Washington, D.C. 20231

Sir:

Claim is hereby made for a right of priority under Title 35, U.S. Code, Section 119,
based upon the German Patent Application 198 24 141.0 filed May 29, 1998.

A certified copy of the above-mentioned foreign patent application is being submitted
herewith.

Respectfully submitted,

For Applicant

WERNER H. STEMER
REG. NO. 34,956

Date: November 29, 2000

Lerner and Greenberg, P.A.
Post Office Box 2480
Hollywood, FL 33022-2480
Tel: (954) 925-1100
Fax: (954) 925-1101

/kc



JC860 U.S. PTO
09/725343
11/29/00



**Prioritätsbescheinigung über die Einreichung
einer Patentanmeldung**

**CERTIFIED COPY OF
PRIORITY DOCUMENT**

Aktenzeichen: 198 24 141.0

Anmeldetag: 29. Mai 1998

Anmelder/Inhaber: Siemens Aktiengesellschaft, München/DE

Bezeichnung: Übergabeverfahren (Roaming) für Endeinrichtungen

IPC: H 04 Q, H 04 B

Die angehefteten Stücke sind eine richtige und genaue Wiedergabe der ursprünglichen Unterlagen dieser Patentanmeldung.

München, den 18. September 2000
Deutsches Patent- und Markenamt

Der Präsident
Im Auftrag

Beschreibung

Übergabeverfahren (Roaming) für mobile Endeinrichtungen

5 Bei vielen Kommunikationssystemen werden Endeinrichtungen, die unterschiedlichen Zwecken dienen können, wie z.B. einem Übertragen von Sprach-, Video-, Fax-, Datei-, Programm- und/oder Meßdaten, in zunehmendem Maße drahtlos angekoppelt. Eine Verbindung zu derartigen mobilen Endeinrichtungen wird 10 üblicherweise über sogenannte Basisstationen aufgebaut, die über eine Luftschnittstelle mit den mobilen Endeinrichtungen zu koppeln sind. In vielen Fällen sind die Basisstationen an eine Vermittlungseinrichtung gekoppelt, über die Verbindungen zu den mobilen Endeinrichtungen vermittelt werden. Die Ver- 15 mittlungseinrichtung kann dabei an ein externes Kommunikationsnetz angeschlossen sein, wodurch auch Verbindungen zwischen den mobilen Endeinrichtungen und externen Endeinrich- tungen aufgebaut werden können.

20 Der räumliche Bereich um eine Basisstation, in dem eine drahtlose Verbindung mit einer mobilen Endeinrichtung über diese Basisstation in vorgegebener Qualität möglich ist, wird auch als Funkzelle dieser Basisstation bezeichnet. Um einen größeren Bereich mit Verbindungsmöglichkeiten zu versorgen, 25 sind in der Regel mehrere Basisstationen so über den zu versorgenden Bereich verteilt, daß ihre Funkzellen ein flächen- deckendes oder raumfüllendes Netz bilden.

30 Bevor eine mobile Endeinrichtung über eine Basisstation er- reichbar ist oder selbst eine Verbindung über diese Basissta- 35 tion aufbauen kann, muß sich die mobile Endeinrichtung bei dieser Basisstation anmelden. Eine solche Anmeldung wird üb- licherweise, durch Austausch von Funksignalen zwischen mobi- ler Endeinrichtung und Basisstation veranlaßt, der von einem auch als „location registration call“ bezeichneten Registrie-

rungsruf der mobilen Endeinrichtung ausgelöst wird. Dies ist nicht an eine bestehende Verbindung oder eine Verbindungsanforderung gebunden, sondern kann in einem auch als „idle-Zustand“ bezeichneten Bereitschaftszustand der mobilen

5 Endeinrichtung erfolgen.

Solange eine mobile Endeinrichtung bei einer Basisstation an-

gemeldet ist, ist diese Basisstation für einen drahtlosen

Verbindungsaufbau von bzw. zu der mobilen Endeinrichtung zu-

10 ständig. Durch die Anmeldung wird das Kommunikationssystem so

konfiguriert, daß bei einer späteren, an die mobile Endein-

richtung gerichteten Verbindungsanforderung eine Verbindung

zur mobilen Endeinrichtung über die für diese mobile Endein-

richtung momentan zuständige Basisstation geführt wird. Ver-

15 läßt eine bei einer Basisstation angemeldete mobile Endein-

richtung deren Funkzelle und gelangt in die Funkzelle einer

anderen Basisstation, meldet sich die mobile Endeinrichtung

bei der erstgenannten Basisstation ab, um sich bei der ande-

ren Basisstation anzumelden. Die Konfiguration des Kommunika-

20 tionssystems ändert sich dadurch u.a. insofern, als daß bei

einer späteren, an die mobile Endeinrichtung gerichteten Ver-

bindungsanforderung nun eine Verbindung über die andere Ba-

sisstation aufgebaut wird. Das Verfahren zum Anmelden einer

mobilen Endeinrichtung bzw. zum Übergeben der Zuständigkeit

25 für eine mobile Endeinrichtung, wodurch für aufzubauende Ver-

bindungen ein über die für die mobile Endeinrichtung momentan

zuständige Basisstation zur mobilen Endeinrichtung führender

Leitweg festgelegt wird, wird häufig auch als „Roaming“ be-

zeichnet.

30

Bei bekannten Verfahren wird das Weiterleiten von Verbin-

dingsanforderungen an mobile Endeinrichtungen von einer im

allgemeinen als Ergänzung der Vermittlungseinrichtung vorge-

sehenden zentralen Funkvermittlungsbaugruppe, die als Schnitt-

35 stelle zwischen Basisstationen und Vermittlungseinrichtung

fungiert, gesteuert. Der zentralen Funkvermittlungsbaugruppe werden dazu von den daran angeschlossenen Basisstationen Informationen über die bei den Basisstationen jeweils aktuell angemeldeten mobilen Endeinrichtungen übermittelt, aufgrund 5 derer die zentrale Funkvermittlungsbaugruppe angeforderte Verbindungen zu mobilen Endeinrichtungen über die jeweils zuständige Basisstation aufbaut. Anordnungen und Verfahren dieser Art sind beispielsweise aus „Cordless Telecommunications in Europe“ von Wally H. W. Tuttlebee (Ed.), Springer-Verlag 10 London, 1990, Seiten 43 bis 48 und 256 bis 258 bekannt.

Als Vermittlungseinrichtungen werden häufig für drahtgebundene Kommunikation ausgelegte Systeme eingesetzt. In diesen Fällen wird die zentrale Funkvermittlungsbaugruppe seitens 15 der Vermittlungseinrichtung wie eine Gruppe von drahtgebundenen Endeinrichtungen angesteuert. Diese Ansteuerung muß von der zentralen Funkvermittlungsbaugruppe in eine für die Verwaltung von drahtlosen Kommunikationsendeinrichtungen geeignete Ansteuerung für die angeschlossenen Basisstationen umgesetzt werden. Insbesondere muß die zentrale Funkvermittlungsbaugruppe die für eine drahtlose Kommunikation spezifischen 20 Vorgänge, wie z.B. die mit einem An- und Abmelden von mobilen Endeinrichtungen oder mit einem Wechsel der Funkzelle verbundenen Vorgänge, selbständig steuern bzw. verwalten. Die dazu notwendige Funktionalität ist im allgemeinen sehr umfangreich 25 und entsprechende zentrale Funkvermittlungsbaugruppen sind deshalb verhältnismäßig aufwendig.

Aufgabe der vorliegenden Erfindung ist es, Maßnahmen anzugeben, mit denen angeforderte Verbindungen zu mobilen Endeinrichtungen ohne zentrale Funkvermittlungsbaugruppe über die jeweils zuständige Basisstation aufgebaut werden können.

Gelöst wird diese Aufgabe erfindungsgemäß durch ein Verfahren mit den Merkmalen des Patentanspruchs 1 bzw. den Merkmalen des Patentanspruchs 3.

5 Durch die Anmeldung einer mobilen Endeinrichtung bei einer von mehreren an eine Vermittlungseinrichtung gekoppelten Basisstationen wird die Vermittlungseinrichtung so konfiguriert, daß bei einer späteren, an dieselbe mobile Endeinrichtung gerichteten Verbindungsanforderung eine Verbindung zu

10 der mobilen Endeinrichtung über die betreffende Basisstation aufgebaut wird. Falls die Basisstation nicht direkt, sondern über mindestens eine zwischengeschaltete Basisstation mit der Vermittlungseinrichtung gekoppelt ist, wird die Vermittlungseinrichtung so konfiguriert, daß bei einer späteren an die

15 mobile Endeinrichtung gerichteten Verbindungsanforderung eine Verbindung über zwischengeschaltete Basisstationen und die Basisstation, bei der die mobile Endeinrichtung momentan angemeldet ist, aufgebaut wird. Die Konfigurierung der Vermittlungseinrichtung wird dabei im wesentlichen von den jeweiligen Basisstationen, über die eine mobile Endeinrichtung an

20 die Vermittlungseinrichtung zu koppeln ist, d.h. dezentral, gesteuert.

25 In Fällen, in denen keine zwischengeschalteten Basisstationen vorgesehen sind, übermittelt die Basisstation an die Vermittlungseinrichtung im Rahmen der Endgeräteanmeldung die Endgerätekennung sowie eine Steuerinformation. Dies kann unter Verwendung eines standardisierten Protokolls, z.B. gemäß der ETSI-Standard-Definition für Signalisierung QSIG für private

30 Netze bzw. DSS1 für öffentliche Netze, erfolgen.

Falls dagegen die Basisstation über mindestens eine zwischengeschaltete Basisstation an die Vermittlungseinrichtung gekoppelt ist, wird die Endgerätekennung im Rahmen der Anmeldung bis zu derjenigen zwischengeschalteten Basisstation wei-

tergegeben, die direkt an die Vermittlungseinrichtung angeschlossen ist. Die direkt angeschlossene Basisstation übermittelt an die Vermittlungseinrichtung die Endgerätekennung sowie eine Steuerinformation.

5

In beiden obengenannten Fällen wird durch die Steuerinformation ein in Zusammenhang mit drahtgebundenen Endgeräten an sich bekanntes Weiterleitungsleistungsmerkmal in der Vermittlungseinrichtung aktiviert, wobei die ebenfalls übermittelte Endgerätekennung als Parameter eingeht. Durch das Weiterleitungsleistungsmerkmal wird bei an die betreffende mobile Endeinrichtung gerichteten Verbindungsanforderungen ein über die direkt angeschlossene Basisstation bis zur mobilen Endeinrichtung führender Verbindungsaufbau - im zweiten Fall über zwischengeschaltete Basisstationen - veranlaßt.

Durch die Nutzung eines im Zusammenhang mit drahtgebundenen Endgeräten an sich bekannten Weiterleitungsleistungsmerkmals können zur Realisierung eines erfindungsgemäßen Verfahrens auch für drahtgebundene Kommunikation ausgelegte Vermittlungseinrichtungen unverändert und damit kostengünstig eingesetzt werden. Ebenso sind zur Durchführung eines erfindungsgemäßen Verfahrens keine Veränderungen an mobilen Endeinrichtungen notwendig, so daß bereits vorhandene Endeinrichtungen weiter verwendet werden können. Um die zur Realisierung eines erfindungsgemäßen Verfahrens erforderlichen Steuerfunktionen auszuführen, müssen lediglich die Basisstationen geringfügig modifiziert werden.

Ein erfindungsgemäßes Verfahren läßt sich mit Luftschnittstellen gemäß unterschiedlichen Standards zwischen mobiler Endeinrichtungen und Basisstationen realisieren, wobei auch mehrere Standards kombinierbar sind. Vorteilhafte Ausführungsformen ergeben sich insbesondere mit Luftschnittstellen gemäß den ETSI-Standard-Definitionen DECT (Digital Enhanced

Cordless Telecommunications), DCS (Digital Cellular System) oder GSM (Global System for Mobile Communication) oder einer Luftschnittstelle gemäß der zur Standardisierung vorgeschlagenen UMTS-Definition (Universal Mobile Telecommunication System); ferner mit Luftschnittstellen gemäß der ARI-Standard-Definition PHS (Personal Handyphone System).

Vorteilhafte Ausführungsformen der Erfindung sind in den Unteransprüchen angegeben.

10

Als ~~z~~aktivierendes Weiterleitungsleistungsmerkmal kann ein für drahtgebundene Kommunikation standardisiertes Leistungsmerkmal, unter anderem ein Leistungsmerkmal zur Anrufumleitung, ein Leistungsmerkmal zur Änderung einer Zuordnung zwischen Rufnummer einer Endeinrichtung und interner Nummer eines Peripheriegeräteports oder ein anderes Leistungsmerkmal gemäß ETSI-Standard für ISDN, vorgesehen sein. Durch Aktivierung eines Leistungsmerkmals zur Anrufumleitung z.B., können für die mobile Endeinrichtung eintreffende Anrufe auf einfache Weise zur direkt angeschlossenen Basisstation umgeleitet werden, die dann eine Weiterleitung der Anrufe zur mobilen Endeinrichtung veranlaßt. In diesem Fall wird der Vermittlungseinrichtung die Endgerätekennung als Rufnummer des Endgerätes, für das eintreffende Anrufe umzuleiten sind, übermittelt.

Zur einfachen Spezifikation derjenigen Basisstation, zu der die Anrufe umzuleiten sind, kann das Weiterleitungsleistungsmerkmal z.B. in einer Weise aktiviert werden, daß die Anrufe jeweils zu der das Weiterleitungsleistungsmerkmal aktivierenden Basisstation umgeleitet werden.

Falls bei Aktivierung des Leistungsmerkmals eine explizite Angabe eines Umleitungsziels notwendig ist, kann der Vermittlungseinrichtung auch eine Basisstationskennung - der direkt

angeschlossenen Basisstation - übermittelt werden, anhand welcher das Umleitungsziel festgelegt wird.

Gemäß einer vorteilhaften Weiterbildung des erfindungsgemäßen
5 Verfahrens kann eine Basisstation nach Übermittlung der die mobile Endeinrichtung identifizierenden Endgerätekennung überprüfen, ob die mobile Endeinrichtung zur Verbindungsau-nahme über diese Basisstation berechtigt ist. Zu diesem Zweck wird eine Tabelle mit Kennungen zur Verbindungsaufnahme be-
10 rechtigter Endeinrichtungen nach der übermittelten Endgerätekennung durchsucht und das Verfahren nur dann fortgesetzt, wenn ein passender Tabelleneintrag gefunden wird. Auf diese Weise kann das Kommunikationssystem beispielsweise gegen unberechtigte Benutzung geschützt werden.

15

Nach einer weiteren vorteilhaften Weiterbildung kann eine Ba-sisstation Daten und/oder Signale an eine oder mehrere andere Basisstationen übertragen. Beispielsweise kann eine Basissta-tion bei Anmeldung einer mobilen Endeinrichtung Daten, die 20 diese Anmeldung betreffen, einer anderen Basisstation über-mitteln. So kann z.B. die Endgerätekennung der angemeldeten mobilen Endeinrichtung anderen Basisstationen übermittelt werden, um diese mobile Endeinrichtung dort - wenn angemeldet - automatisch abzumelden oder um die Konsistenz dieser Anmel-dung mit den Anmeldungen bei anderen Basisstationen zu über-prüfen.

Weiterhin kann eine Basisstation eine Systemkennung des Kom-munikationssystems, z.B. eine sogenannte EIC-Kennung, an eine 30 oder mehrere andere Basisstationen übertragen. Damit kann si-chergestellt werden, daß mehrere Basisstationen von einer mo-bilen Endeinrichtung als zu einem gemeinsamen Kommunikations-system gehörig erkannt werden können, wodurch die Administra-tion des Kommunikationssystems insbesondere während des Roa-35 ming-Vorgangs, vereinfacht wird.

Eine weitere vorteilhafte Weiterbildung der Erfindung sieht vor, daß Daten und/oder Signale zwischen Basisstationen drahtlos übertragen werden. Zur drahtlosen Kommunikation zwischen den Basisstationen können vorzugsweise die schon in den Basisstationen vorhandenen Sende- und Empfangseinrichtungen genutzt werden. Als Übertragungsprotokoll kann dabei das für den Datenaustausch mit den mobilen Endeinrichtungen vorgesehene Übertragungsprotokoll verwendet werden. Eine Basisstation kann auf diese Weise drahtlos in das Kommunikationssystem integriert werden, indem sie drahtlos über eine andere Basisstation mit der Vermittlungseinrichtung gekoppelt wird. Dies erfordert oftmals weniger Installationsaufwand als ein drahtgebundener Anschluß. Alle zur Vermittlungseinrichtung zu übertragenden Signale oder Daten werden in einem solchen Fall erst drahtlos der anderen Basisstation und von dort der Vermittlungseinrichtung übermittelt. Die Vermittlungseinrichtung muß dazu über keine eigene Luftschnittstelle verfügen. Eine Basisstation, über die eine andere Basisstation an die Vermittlungseinrichtung angekoppelt wird, wird häufig auch als Repeater bezeichnet. Sofern die Vermittlungseinrichtung über eine geeignete Luftschnittstelle verfügt, kann eine dazu vorgesehene Basisstation auch ohne Repeater-Basisstation drahtlos in das Kommunikationssystem integriert werden.

25

Die Erfindung wird nachfolgend anhand eines Ausführungsbeispiels unter Bezugnahme auf die Zeichnung näher erläutert.

Dabei zeigen

30

Fig 1 bis Fig 3 ein Kommunikationssystem mit mobilen Endeinrichtungen, in unterschiedlichen Zuordnungsphasen von Basisstationen, jeweils in schematischer Darstellung.

In Fig 1 bis Fig 3 ist jeweils ein Kommunikationssystem schematisch dargestellt, das sich aus einer an ein Kommunikationsnetz KN gekoppelten Vermittlungseinrichtung V mit Vermittlungssteuerung VS, drei Basisstationen B1, B2, B3 mit zugehörigen Funkzellen FZ1, FZ2, FZ3 und drei drahtlos angekoppelten mobilen Endeinrichtungen E1, E2, E3, z.B. Schnurlos-Telefonen nach DECT-Standard oder Mobiltelefonen nach GSM-Standard, zusammensetzt. Während die Basisstationen B1 und B2 direkt an die Vermittlungseinrichtung V angeschlossen sind, 5 ist die Basisstation B3 drahtlos über die Basisstation B2 an die Vermittlungseinrichtung V gekoppelt. Auch die direkt an die Vermittlungseinrichtung V angeschlossenen Basisstationen B1 und B2 sind, z.B. über eine DECT-Luftschnittstelle, drahtlos miteinander gekoppelt, um Signale und/oder Daten ohne Umweg 10 über die Vermittlungseinrichtung V oder eine mobile Endeinrichtung austauschen zu können. Eine drahtlose Ankopplung ist im übrigen jeweils durch einen stilisierten Blitz angedeutet. In der Vermittlungseinrichtung V ist eine Zuordnungstabelle ZT vorgesehen, in der für jede mobile Endeinrichtung E1, E2, E3 eine diese identifizierende Endgerätekennung EK1, EK2 oder EK3 und - dieser jeweils zugeordnet - Basisstationenkennungen BK1, BK2, BK3 der Basisstationen, über 15 die eine mobile Endeinrichtung mit der Vermittlungseinrichtung V verbindbar ist, abgespeichert sind. Die Endgerätekennungen der mobilen Endeinrichtungen können beispielsweise deren Rufnummern sein. Zur Realisierung eines auf die vorliegende Erfindung aufbauenden Verfahrens genügt es, eine kostengünstige, für drahtgebundene Kommunikationssysteme ausgelegte Vermittlungseinrichtung V zu verwenden, die auch nur im 20 Zusammenhang mit drahtgebundener Kommunikation standardisierte Leistungsmerkmale aufweist. Eine Zuordnungstabelle ZT ist in Vermittlungseinrichtungen mit Leistungsmerkmalen, wie sie 25 zur Ausführung eines erfindungsgemäßen Verfahrens benötigt werden, in der Regel bereits enthalten.

Die in der Zeichnung dargestellte Anzahl der an die Vermittlungseinrichtung V angeschlossenen Basisstationen und die Anzahl, Form und Anordnung der Funkzellen ist lediglich bei-
spielhaft und soll der Vereinfachung der Beschreibung dienen.

5

In Fig 1 befinden sich die mobilen Endeinrichtungen E1 und E2 in der Funkzelle FZ1 der Basisstation B1, während sich die mobile Endeinrichtung E3 in der Funkzelle FZ2 der Basisstation B2 befindet. Alle mobilen Endeinrichtungen sind jeweils 10 bei der Basisstation, in deren Funkzelle sie sich aufhalten angemeldet und somit über diese Basisstation mit der Vermittlungseinrichtung verbindbar. Dieser Anordnung entsprechend sind in der Zuordnungstabelle ZT den Endgerätekennungen EK1, EK2 und EK3 die Basisstationskennungen BK1, BK1 und BK2 wie 15 folgt zugeordnet: BK1 zu EK1, BK1 zu EK2 und BK2 zu EK3.

Fig 2 zeigt einen Zustand nach einem Wechsel der mobilen Endeinrichtung E1 in die Funkzelle FZ2 der Basisstation B2. Im Zuge der Anmeldung bei dieser Basisstation B2 überträgt 20 die mobile Endeinrichtung E1 ihre Endgerätekennung EK1 zur Basisstation B2 und wird dort als über diese Basisstation erreichbar registriert. Daraufhin übermittelt die Basisstation B2 der Vermittlungssteuerung VS eine Steuerinformation S, vorzugsweise gemäß der ETSI-Standard-Definition für Signali- 25 sierung QSIG für private Netze bzw. DSS1 für öffentliche Netze, eine diese Basisstation B2 identifizierende Basisstationskennung BK2 sowie die Endgerätekennung EK1 der mobilen Endeinrichtung E1. Durch die Steuerinformation S wird ein Leistungsmerkmal der Vermittlungseinrichtung V zur Anrufum- 30 leitung aktiviert. Ein Leistungsmerkmal zur Anrufumleitung ist auch im Bereich der drahtgebundenen Kommunikation sehr gebräuchlich und z.B. gemäß ETSI-Standard für ISDN, standar- disiert. Im Rahmen eines solchen Leistungsmerkmals wird übli- cherweise eine - hier als Zuordnungstabelle ZT bezeichnete - 35 Tabelle verwaltet, in der für jede Endeinrichtung, für die

eine Anrufumleitung aktiv ist, jeweils eine Stelle im Kommunikationssystem angegeben ist, zu der an diese Endeinrichtung gerichtete Verbindungsanforderungen im Rahmen der Anrufumleitung weiterzuleiten sind. In diesem Sinne wird die Zuordnungstabelle ZT durch die Aktivierung des Leistungsmerkmals

5 zur Anrufumleitung aktualisiert, indem die übermittelte Endgerätekennung EK1 der mobilen Endeinrichtung E1 als Rufnummer des Endgeräts, für das ankommende Anrufe umzuleiten sind, und die übermittelte, das Umleitungsziel bezeichnende Basisstationskennung BK2 einander zugeordnet in die Zuordnungstabelle ZT eingetragen werden. Damit wird eine an die mobile Endeinrichtung E1 gerichtete Verbindungsanforderung von der Vermittlungseinrichtung V nach Aufsuchen der Endgerätekennung EK1 dieser mobilen Endeinrichtung in der Zuordnungstabelle 10 ZT, gezielt zu der durch die zugeordnete Basisstationskennung BK2 identifizierten Basisstation B2 weitergegeben, und ein 15 Verbindungsaufbau über diese Basisstation B2 zur mobilen Endeinrichtung E1 veranlaßt.

20 Fig 3 zeigt schließlich einen Zustand nach einem Wechsel der mobilen Endeinrichtung E1 in die Funkzelle FZ3 der drahtlos über die Basisstation B2 mit der Vermittlungseinrichtung V gekoppelten Basisstation B3. Im Zuge der Anmeldung bei dieser Basisstation B3 überträgt die mobile Endeinrichtung E1 ihre 25 Endgerätekennung EK1 zur Basisstation B3 und wird dort als über diese Basisstation erreichbar registriert. Die Basisstation B3 überträgt daraufhin die Endgerätekennung EK1 sowie eine die Basisstation B3 identifizierende Basisstationskennung BK3 zur direkt an die Vermittlungseinrichtung V ange- 30 schlossenen Basisstation B2. Diese Basisstation B2 setzt die übermittelte Basisstationskennung BK3 und die die Basisstation B2 identifizierende Basisstationskennung BK2 zu einer den Leitweg von der Vermittlungseinrichtung V zur Basisstation B3 beschreibenden Pfadinformation (BK3,BK2) zusammen. Daraufhin 35 übermittelt die Basisstation B2 der Vermittlungssteuerung VS

die Steuerinformation S, die Endgerätekennung EK1 sowie die Pfadinformation (BK3,BK2). Durch die Steuerinformation S wird wieder - wie oben beschrieben - ein Leistungsmerkmal der Vermittlungseinrichtung V zur Anrufumleitung aktiviert. In diesem Fall werden die übermittelte Endgerätekennung EK1 und die übermittelte Pfadinformation (BK3,BK2) einander zugeordnet in die Zuordnungstabelle ZT eingetragen. Damit kann bei einer an die mobile Endeinrichtung E1 gerichteten Verbindungsanforderung von der Vermittlungseinrichtung V nach Aufsuchen der Endgerätekennung EK1 dieser mobilen Endeinrichtung in der Zuordnungstabelle ZT, eine Verbindung gezielt über den durch die zugeordnete Pfadinformation (BK3,BK2) beschriebenen Leitweg, d.h. über die Basisstationen B2 und B3, zur mobilen Endeinrichtung E1 aufgebaut werden.

Patentansprüche

1. Verfahren zum Steuern einer Vermittlungseinrichtung (V)

mit der über angekoppelte Basisstationen (B1, B2, B3)

5 drahtlose Verbindungen zu mobilen Endeinrichtungen (E1, E2, E3) einrichtbar sind, bei dem im Rahmen einer Anmeldung einer mobilen Endeinrichtung (E1) bei einer Basisstation (B2) von der mobilen Endeinrichtung (E1) eine diese identifizierende Endgerätekennung (EK1) an die Basisstation (B2) übermittelt wird, und

von der Basisstation (B2) an die Vermittlungseinrichtung (V) die Endgerätekennung (EK1) sowie eine Steuerinformation (S) zum Aktivieren eines in Zusammenhang mit drahtgebundenen Endgeräten an sich bekannten Weiterleistungsmerkmals in der Vermittlungseinrichtung (V) übermittelt werden, wodurch bei an die mobile Endeinrichtung (E1) gerichteten Verbindungsanforderungen ein über die Basisstation (B2) zu führender Verbindungsaufbau veranlaßt wird.

20 2. Verfahren nach Anspruch 1,

dadurch gekennzeichnet,

daß die Basisstation (B2), eine sie identifizierende Basisstationskennung (BK2) zur Vermittlungseinrichtung (V) überträgt zur Spezifikation der Basisstation, über die der Verbindungsaufbau bei an die mobile Endeinrichtung (E1) gerichteten Verbindungsanforderungen zu führen ist.

3. Verfahren zum Steuern einer Vermittlungseinrichtung (V)

mit der über angekoppelte Basisstationen (B1, B2, B3)

30 drahtlose Verbindungen zu mobilen Endeinrichtungen (E1, E2, E3) einrichtbar sind, bei dem im Rahmen einer Anmeldung einer mobilen Endeinrichtung (E1) bei einer ersten Basisstation (B3), die über mindestens eine zwischengeschaltete Basisstation (B2) an die Vermittlungseinrichtung (V) gekoppelt ist,

- a) von der mobilen Endeinrichtung (E1) eine diese identifizierende Endgerätekennung (EK1) an die erste Basisstation (B3) übermittelt wird,
- b) diese Endgerätekennung (EK1) ausgehend von der ersten Basisstation (B3) bis zu derjenigen zwischengeschalteten Basisstation (B2) weitergegeben wird, die direkt an die Vermittlungseinrichtung (V) angeschlossen ist und
- c) von der direkt an die Vermittlungseinrichtung (V) angeschlossenen Basisstation (B2) an die Vermittlungseinrichtung (V) die Endgerätekennung (EK1) sowie eine Steuerinformation (S) zum Aktivieren eines in Zusammenhang mit drahtgebundenen Endgeräten an sich bekannten Weiterleistungsmerkmals in der Vermittlungseinrichtung (V) übermittelt werden, wodurch bei an die mobile Endeinrichtung (E1) gerichteten Verbindungsanforderungen ein zur ersten Basisstation (B3) zu führender Verbindungsaufbau veranlaßt wird.

4. Verfahren nach Anspruch 3,

dadurch gekennzeichnet,

daß der direkt an die Vermittlungseinrichtung (V) angeschlossenen Basisstation (B2) außerdem Information über einen Leitweg einer zwischen dieser Basisstation (B2) und der ersten Basisstation (B3) aufzubauenden Verbindung übermittelt wird, anhand der eine den Leitweg beschreibende Pfadinformation (BK3,BK2) erstellt wird, die der Vermittlungseinrichtung (V) von der direkt angeschlossenen Basisstation (B2) übermittelt wird, wodurch bei an die mobile Endeinrichtung (E1) gerichteten Verbindungsanforderungen ein über den durch die Pfadinformation (BK3,BK2) beschriebenen Leitweg zur ersten Basisstation (B3) zu führender Verbindungs- aufbau veranlaßt wird.

5. Verfahren nach Anspruch 3 oder 4,

dadurch gekennzeichnet,

daß die direkt an die Vermittlungseinrichtung (V) ange-

schlossene Basisstation (B2), eine sie identifizierende Basisstationskennung (BK2) zur Vermittlungseinrichtung (V) überträgt zur Spezifikation der Basisstation, über die der Verbindungsauftakt bei an die mobile Endeinrichtung (E1) gerichteten Verbindungsanforderungen zu führen ist.

6. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, daß das zu aktivierende Weiterleitungsleistungsmerkmal ein Leistungsmerkmal zur Anrufumleitung ist.

7. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, daß das zu aktivierende Weiterleitungsleistungsmerkmal ein Leistungsmerkmal zur Änderung der Zuordnung zwischen Rufnummer einer Endeinrichtung und interner Nummer eines Peripheriegeräteports der Vermittlungseinrichtung (V) ist.

8. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, daß eine Basisstation (B1, B2, B3) nach Übermittlung der die mobile Endeinrichtung identifizierenden Endgerätekennung (EK1) anhand einer Tabelle mit Endgerätekennungen zugelassener Endeinrichtungen überprüft, ob die mobile Endeinrichtung (E1) zur Verbindungsauftnahme über diese Basisstation (B1, B2, B3) berechtigt ist, und daß nur bei positivem Prüfungsergebnis das Verfahren fortgesetzt wird.

30 9. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, daß eine Basisstationen die Anmeldung der mobilen Endeinrichtung (E1) betreffende Daten an eine andere Basisstation überträgt.

10. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche,
dadurch gekennzeichnet,
daß eine Basisstation eine Berechtigung der mobilen Endein-
richtung (E1) zur Verbindungsaufnahme betreffende Daten an
5 eine andere Basisstation überträgt.

11. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche,
dadurch gekennzeichnet,
daß eine Basisstation eine Systemkennung des Kommunikati-
10 onssystems an eine andere Basisstation überträgt.

12. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche,
dadurch gekennzeichnet,
daß Daten und/oder Signale drahtlos zwischen Basisstationen
15 übertragen werden.

13. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche,
dadurch gekennzeichnet,
daß Daten und/oder Signale drahtlos zwischen einer Basis-
20 station und der Vermittlungseinrichtung (V) übertragen wer-
den.

Zusammenfassung

Übergabeverfahren (Roaming) für mobile Endeinrichtungen

5 Eine mobile Endeinrichtung (E1) überträgt im Zuge ihrer Anmeldung bei einer an eine Vermittlungseinrichtung (V) gekoppelten Basisstation (B2), eine die mobile Endeinrichtung (E1) identifizierende Endgerätekennung (EK1) zur Basisstation (B2). Die Basisstation (B2) überträgt daraufhin diese Endgerätekennung (EK1) - gegebenenfalls zusammen mit einer die Basisstation (B2) identifizierenden Basisstationskennung (BK2) - zur Vermittlungseinrichtung (V) und veranlaßt die Aktivierung eines in Zusammenhang mit drahtgebundenen Endgeräten an sich bekannten Weiterleitungsleistungsmerkmals, z.B. zur Anrufumleitung, in der Vermittlungseinrichtung (V). Durch die Aktivierung dieses Weiterleitungsleistungsmerkmals wird bei an die mobile Endeinrichtung (E1) gerichteten Verbindungsanforderungen ein über die Basisstation (B2) zu führender Verbindungsaufbau veranlaßt. Dadurch erübrigt sich eine bei bekannten Übergabeverfahren notwendige zentrale Funkvermittlungsbaugruppe.

Figur 2

FIG 1

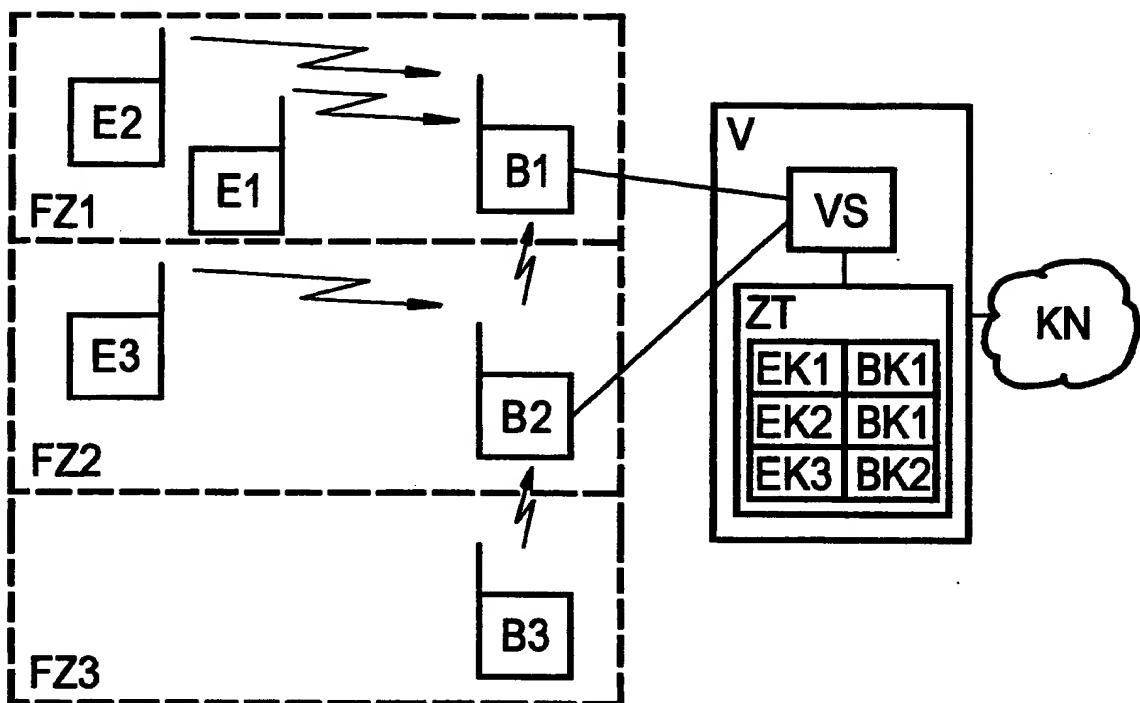


FIG 2

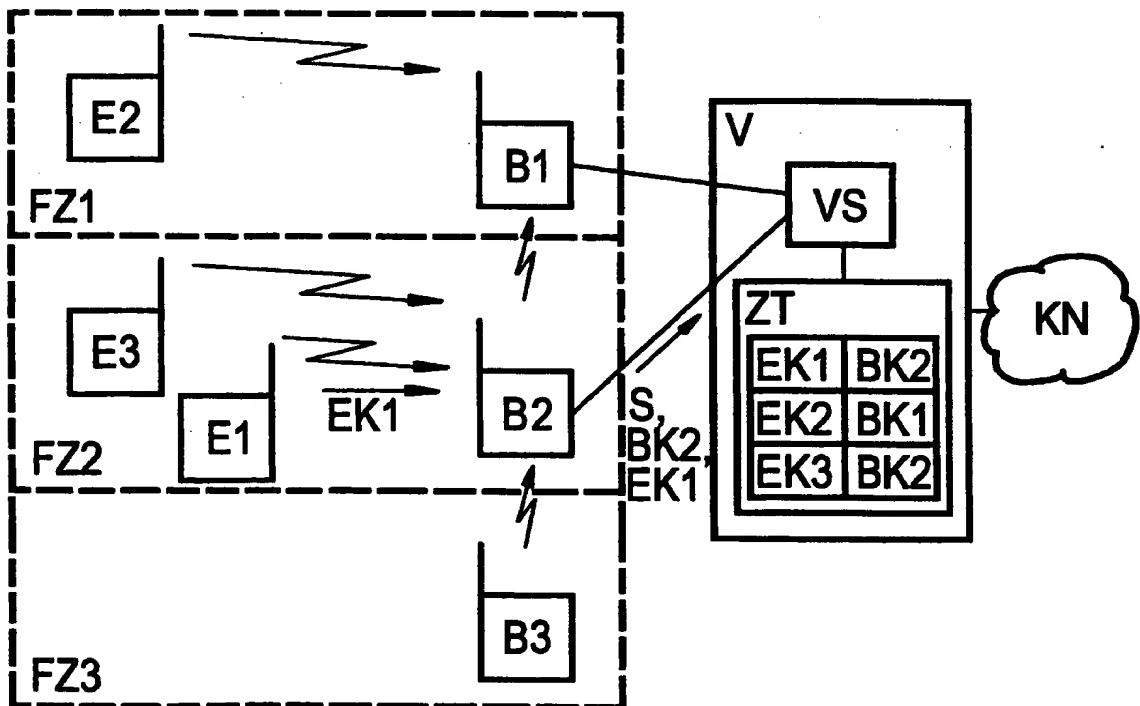
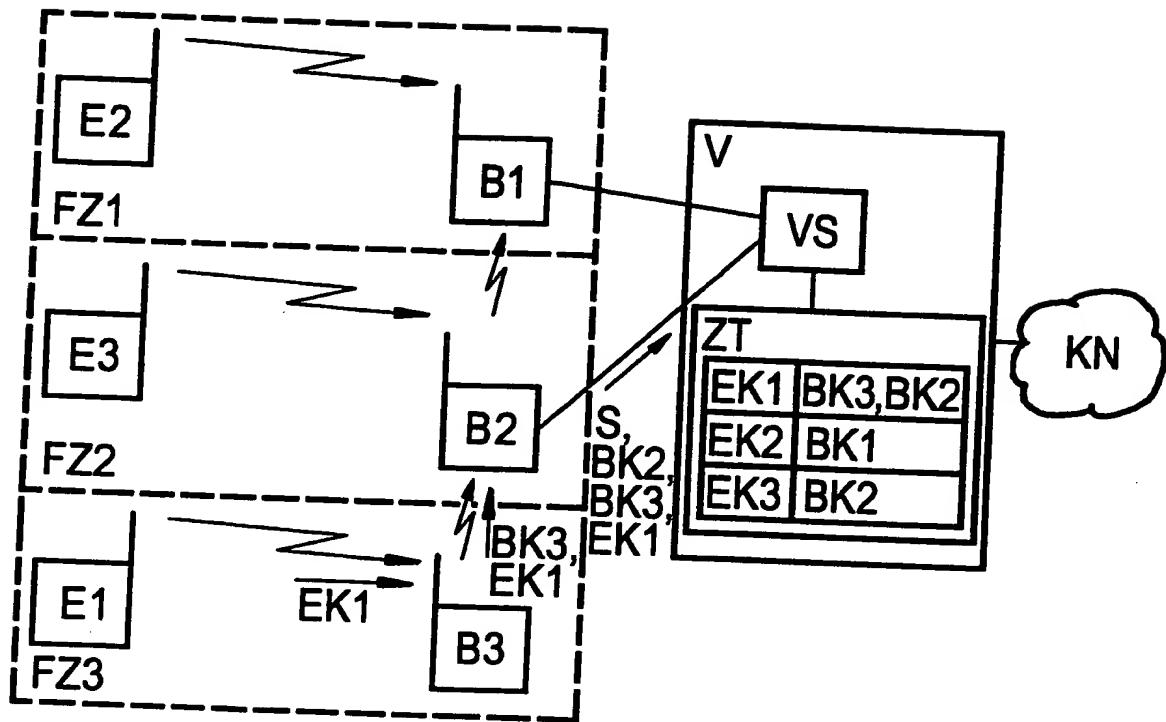


FIG 3



DOCKET NO:

SERIAL NO:

APPLICANT:

LEINER AND GREENBERG P.A.

084280 .09

HOLLYWOOD, FLORIDA 33025

0011-252 (420) TEL